

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 7

Artikel: Vom Buschfeuer zum Feuersturm?
Autor: Baumgartner, Jacques
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092965>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vom Buschfeuer zum Feuersturm?

Zunehmend müssen Afrikas zahlreiche Einparteienregimes um ihren Fortbestand bangen. So findet beispielsweise Julius Nyerere, Altmeister des «aus der Tradition gewachsenen» afrikanischen Sozialismus, in Tansania die Zeit reif für ein Mehrparteiensystem. Und wie von der Wirtschaftskommission für Afrika (ECA/Addis Abeba) verlautbart, werde Afrika seine Probleme nur lösen können, wenn endlich demokratische Verhältnisse einkehrten. Es wird nach Erneuerung gerufen.

Signale

■ Im bankrotten Benin musste General Mathieu Kérékou, erzwungen durch Aufruhr, abtreten. Nicéphore Soglo soll jetzt versuchen, das westafrikanische Land aus den «marxistisch-leninistischen» Ruinen zu führen; für Januar 1991 sind erste freie Wahlen geplant.

■ In Elfenbeinküste forderten Arbeiter, Angestellte und Studenten den Sturz des 84jährigen Präsidenten Félix Houphouët-Boigny und Parteienpluralismus. Die Unrast dürfte zunehmen.

■ Streiks legten Gabon lahm, weil Staatschef Omar Bongo es bisher mit dem Demokratieversprechen nicht allzu ernst nahm. Er will seine Demokratische Partei künftig «auf breitere Basis» stellen, was den Gabonesen aber zu wenig sein dürfte.

■ Auf den früher zu Portugal gehörenden Kapverden kündete die Afrikanische Unabhängigkeitspartei (PAICV) den Verzicht auf Machtmonopol und gleichzeitig Mehrparteienvahlen an.

■ In Niger schoss die Polizei protestierende Studenten nieder. Präsident General Ali Saibou machte «böswillige Personen» für die Unruhen verantwortlich.

■ In Nigeria gestaltete sich eine Kundgebung aus Anlass der Freilassung von Nelson Mandela durch die südafrikanische Regierung zu einer Protestkundgebung gegen die Militärregierung von Ibrahim Babangida. Nicht nur in Nigeria, mit über 95 Millionen der bevölkerungsstärkste Staat Afrikas, wird beispielsweise laut gefragt, welche afrikanische Regierung ihren schlimmsten Feind 27 Jahre lang gefangenhalten und hernach geistig und körperlich gesund freilassen

könne. Afrika beginnt zu vergleichen, zu fragen.

■ Acht Oppositionsparteien verlangen in Senegal den Rücktritt von Präsident Abdou Diouf und freie, demokratische Wahlen.

■ Dem zairischen Staatschef Mobutu Sésé-Séko wird «Gemeinsames» mit dem gestürzten rumänischen Diktator Nicolae Ceausescu vorgeworfen: Personenkult, Sicherheitspolizei, Folter, Misswirtschaft und Bankkonten in der Schweiz. Mobutus besuchten letztmals die Ceausescus im April 1988. Folgen u. a. der Rumänien-«Ereignisse»: Mobutu feuerte im Januar 16 Minister und versprach einen «Dialog mit dem Volk».

Problem beim Namen genannt

Mit Begründungen und Windungen hat sich der äthiopische Partei- und Staatschef Mengistu Hailé Mariam dieser Tage vom Marxismus-Leninismus verabschiedet. Damit hat der «Wandel» eines der letzten orthodox-kommunistischen Regimes in Afrika erfasst; übrig bleibt noch jenes in Angola (auf baldigen Abruf). Mengistu war 1977 durch Putsch an die Macht gelangt.

Mengistu nannte das «Problem», für afrikanische Politiker eher ungewohnt, beim Namen: «Da es im Ostblock dramatische Veränderungen gegeben hat, muss sich Äthiopien anpassen.» Fünfzehn Jahre Planwirtschaft seien ein Fehlschlag gewesen. Gemischte Wirtschaft heisst das neue Schlüsselwort, mit dem «man» dem fallierten «Kasernensozialismus» das Valet geben möchte.

Privatkapital sei hochwillkommen, und alle Staatsbetriebe, die nicht wirtschaftlich arbeiteten und keine Profite abwürfen, würden geschlossen, verkauft. Das gelte auch für die bis anhin bevorzugt behandelten landwirtschaftlichen Kooperativen. Fünf Millionen Menschen sind derzeit dem Hungertod nahe, und die Rebellen in Eritrea und Tigre denken nicht ans Aufgeben.

Bald Putsch?

Das Zentralkomitee der in Addis Abeba regierenden Arbeiterpartei wollte den Weg für Oppositionsparteien nicht öffnen. Statt

dessen etikettierte «man» sich «Demokratische Einheitspartei», um möglichst «alle Äthiopier zu repräsentieren». Der nächste Putsch dürfte weniger dilettantisch als jener vom Mai vergangenen Jahres über die Bühne gehen.

Damals rettete der noch präsente DDR-Staatssicherheitsdienst (Stasi) das morbide Mengistu-Regime. Die DDR hat jetzt mit dem Abzug ihrer Stasi-Leute aus befreundeten Entwicklungsländern begonnen. (Mehr über den speziellen Fall Äthiopiens im Beitrag auf Seite 10.)

Paris und seine Freunde

Die meisten afrikanischen Staaten sind bankrott, und zwar moralisch, politisch und finanziell. Kein Staat kann heute sicher vor den «Winden des Wandels» sein. Und auf die beiden Grossmächte, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, können die Regimes ebenfalls nicht mehr bauen, diese gegeneinander ausspielen. Nur noch Frankreich, das als einzige ehemalige europäische Kolonialmacht enge Bindungen zu «ihren» afrikanischen Territorien unterhält und bedrängten Freunden (letztmals im Tschad und in Togo) militärisch zu Hilfe eilte.

Im derzeit vorherrschenden «moralischen Klima» scheint es undenkbar, dass Paris mit der Entsendung von Truppen – Fremdenlegionären – wankende Regimes noch stützen wird. In «Le Monde» war jüngst zu lesen, afrikanische Diktatoren verlangten und erhielten französische Entwicklungshilfe. Gelder, die sie dann auf schweizerischen Banken deponierten oder mit denen sie japanische Güter kauften; französisches Geld helfe japanischen Unternehmen. Bei dem Verfasserpseudonym habe es sich um ein Regierungsmitglied gehandelt.

Das Beispiel Osteuropa hat bereits in Afrika ein «Buschfeuer der Demokratie» entfacht. Es könnte noch ein Feuersturm daraus werden. ■